



● ● ● ● ● **LMBV – ein Beitrag zum Wandel
im ostdeutschen Braunkohlenbergbau**



Böschungsgestaltung im Tagebau Delitzsch-Südwest

Vorbemerkungen	4
I. Die Anpassung des ostdeutschen Braunkohlenbergbaus an den Markt	6
Ausgangssituation	6
Anpassungsprozess	9
II. Braunkohlesanierung – eine Investition in die Zukunft	10
Grundlagen	10
Projekträgerschaft	11
Wichtige Sanierungsschritte im Jahr 1999	16
III. Wiederherstellung eines ausgeglichenen Wasserhaushalts – Herausforderung für die LMBV	18
Beeinflussung des Wasserhaushalts	18
Wissenschaftliche Begleitung	19
Stand der Flutung	20
Genehmigungsmanagement	22
Grundwassersanierung	23
IV. Projekträgerkompetenz der LMBV für weitere Aufgaben	24
Leistungszuwachs	24
Vielzahl von \$4-Projekten	25
Markante Aufträge im Jahr 1999	26
Ausblick	27
V. Braunkohlesanierung – Chance für den Arbeitsmarkt der Regionen	28
Arbeitgeber Braunkohlesanierung	28
Einsatz von Arbeitnehmern auf förderfähigen Arbeitsplätzen	29
Fort- und Weiterbildung in der LMBV	30
Qualifizierung für die Zukunft	30
Perspektive durch Ausbildung	31
Moderne Berufsbilder	32
Die Schaffung neuer Arbeitsplätze – eine vorrangige Aufgabe der LMBV	34
VI. Der Wandel wird greifbar – sanierte Liegenschaften erhalten neue Eigentümer	36
Nachnutzungsorientierte Sanierung	36
Neue Eigentümer für sanierte Flächen durch Verkauf	37
Erschließung von Industrialtstandorten	38
Lausitzer und Mitteldeutsche Immobilienentwicklungsgesellschaft mbH	41
Lausitzinitiative und LMBV	41



Dr.-Ing. Wolfgang Fritz
Vorsitzender der Geschäftsführung
der LMBV

Im 10. Jahr der deutschen Einheit will die Geschäftsführung unseres Unternehmens mit vorliegender Schrift „LMBV – ein Beitrag zum Wandel im ostdeutschen Braunkohlenbergbau“ die Veränderungen in der Braunkohlenindustrie und in den Braunkohleregionen in den vergangenen Jahren sichtbar machen.

Vielleicht sind einige unserer Partner, die mit uns gemeinsam die großen Herausforderungen bei der Wiedernutzbarmachung stillgelegter Produktionsstandorte der Braunkohleindustrie der ehemaligen DDR angenommen haben, uns dabei unterstützten oder auch kritisch begleiteten, der Auffassung, dass es noch zu früh ist, um bereits vom „Wandel“ zu sprechen. Natürlich bleibt noch viel zu tun, aber, und das sollte für uns entscheidend sein, die Konturen einer vielgestaltigen Bergbaufolgelandschaft werden sowohl in der Lausitz als auch im mitteldeutschen Revier sichtbar.

Mit der Erfüllung unserer bergrechtlichen Wiedernutzbarmachungsverpflichtungen schaffen wir Bedingungen und Voraussetzungen für die in den regionalen Plänen vorgesehenen Folgenutzungen. Dort, wo diese Folgenutzungen „Erholung“ oder „Tourismus“ vorsehen und wo das Land oder private Investoren die Entwicklung finanziell unterstützen, geht es sehr gut voran, wie das zum Beispiel die Aktivitäten um die Tagebaue Olbersdorf oder Coschütz zeigen.

Die Ergebnisse der Arbeit der vergangenen Jahre zeigen aber auch, dass eine Folgenutzung sanierter Standorte der Braunkohlegewinnung und –veredlung für eine industrielle oder gewerbliche Nutzung vor allem aufgrund fehlender Investoren kompliziert ist. Wir sind optimistisch und gehen davon aus, dass die gemeinsam mit dem Land Brandenburg entwickelten und in der Zwischenzeit auch genehmigten Projekte zur Entwicklung der Prioritätenstandorte in „Sonne“, „Kittlitz“, „Marga“ und „Emanuel“ Pilotprojekte für die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe in den Bergbauregionen werden.

Lassen Sie uns kurz Rückschau auf das Jahr 1999 halten.

Mit der Beendigung der Produktion im Tagebau Meuro und im Kraftwerk Brieske sowie mit der Einstellung des Kohlefabetriebes vom Tagebau Zwenkau zu den VEAG-Kraftwerken Thierbach und Lippendorf (alt) wurden die letzten aktiven Betriebsstätten in die Sanierung überführt. Wir sind sehr froh darüber, dass bis zum letzten Tag zuverlässig die Verpflichtungen zur Lieferung von Rohbraunkohle, Elektroenergie und Wärme sowie zum Kohletransport gegenüber unseren Partnern erfüllt wurden. Dafür allen Beteiligten ein herzliches Dankeschön.

Das in den vergangenen Jahren angeschlagene hohe Tempo in der Bergbausanierung wurde fortgeführt. In der Zwischenzeit wurden rund 60 Prozent unserer bergrechtlichen Wiedernutzbarmachungsverpflichtungen erfüllt und dafür rund 10 Mrd. DM aus Mitteln des Bundes, der Arbeitsverwaltungen, der neuen Bundesländer sowie der LMBV aufgewandt.

In der bergmännischen Grundsanierung, d. h. bei der Gestaltung der künftigen Landschaften durch Massenbewegung mit Großgeräten und mit mobiler Technik sowie bei der Demontage und Verschrottung von Geräten wurde mit einer über 75 Prozent liegenden Erledigung aller Arbeiten der für die Flutung der Tagebaurestlöcher und die Wiederherstellung eines ausgeglichenen Grundwasserhaushaltes notwendige Vorlauf geschaffen.

Konstruktive und fleißige Arbeit aller an der Braunkohlesanierung Beteiligten verbergen sich hinter dieser nüchternen Einschätzung:

- So waren in enger Zusammenarbeit mit der Landesplanung und den Bergbehörden die Voraussetzungen für eine rechtlich gesicherte Sanierungsplanung zu schaffen. Wir verfügen für die aus dem Bergrecht abzuleitenden Leistungen über eine ausreichend hohe Planungsichte.
- Mit der Konzentration der Kräfte auf die Erarbeitung der Dokumente für die Ausführungs-

planungen und die Genehmigung dieser Projekte durch unsere Zuwendungsgeber im Steuerungs- und Budgetausschuss für die Braunkohlesanierung wurde der erforderliche Vorlauf sowohl für eine überjährige Vergabe von Sanierungsleistungen als auch für die Reaktion auf neue Erkenntnisse geschaffen.

- Durch die Arbeitsverwaltungen wurden wir tatkräftig bei der Bereitstellung von förderfähigen Arbeitnehmern für die Braunkohlesanierung unterstützt und die SAM-Mittel sind ein wichtiger Pfeiler der Finanzierung der Bergbausanierung.
- Gemeinsam mit Hochschulen, Instituten und Ingenieurbüros wurden wissenschaftliche Grundlagen und neue Technologien entwickelt, um die Bergbausanierung effektiver zu gestalten und sie zu beschleunigen.
- Mit unseren Sanierungsauftragnehmern, vor allem den privatisierten Sanierungsgesellschaften, haben wir zuverlässige Partner, die sich den Erfordernissen des Marktes gestellt haben sowie termin- und qualitätsgerecht ihre mit uns vertraglich eingegangenen Verpflichtungen erfüllen.

Deshalb einen recht herzlichen Dank allen, die aktiv an der Braunkohlesanierung mitwirkten oder den Prozess konstruktiv begleiteten.

Der Schwerpunkt unserer Sanierungstätigkeit verschiebt sich immer stärker in Richtung wasserbaulicher und wasserwirtschaftlicher Maßnahmen zur Wiederherstellung eines ausgeglichenen Grundwasserhaushaltes. So sind nach den heutigen Erkenntnissen noch über 90 Prozent aller Maßnahmen zur Flutung der Tagebaue mittels Fremdwasserzuführung zu realisieren. Wir gehen auch künftig davon aus, dass die wasserrechtlichen Genehmigungen durch die zuständigen Behörden so rechtzeitig erteilt werden, dass Verzögerungen in der Sanierung vermieden werden.

Beim Übergang von der aktiven bergbaulichen Produktion zum letzten Abschnitt bergmännischer Tä-

tigkeit, der Wiedernutzbarmachung, haben die Mitarbeiter unseres Unternehmens auch ein umfangreiches Know-how angesammelt, das auch eine effektive Projektträgerschaft für Aufgaben außerhalb der bergrechtlichen Sanierung gestattet.

Wir denken dabei vor allem an die im Auftrag der Länder erfolgreich in Angriff genommenen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren im Zusammenhang mit dem Grundwasserwiederanstieg, an die Erhöhung des Folgenutzungsstandards oder die Sanierung in Altbergbaugebieten.

So war es auch möglich, die Projektträgerschaft für die Erschließung von ausgewählten Standorten für eine industrielle und gewerbliche Nutzung in Angriff zu nehmen und wir gehen davon aus, dass im Jahr 2000 auch ein Durchbruch bei der volkswirtschaftlich optimalen Sanierung an Schnittstellen der bergbaulichen Wiedernutzbarmachung und der Gefahrenabwehr durch Altlasten vor allem an Chemiestandorten gelingt.

Der Wandel in den ostdeutschen Braunkohleregionen, das soll diese Informationsbroschüre nachweisen, hat begonnen.

Die Besucher der „EXPO 2000“ können sich an den Korrespondenzstandorten dieser Weltausstellung, so zum Beispiel in den Regionen um Bitterfeld, Leipzig, Olbersdorf oder Senftenberg, von den erreichten Ergebnissen dieses Wandels überzeugen.

Das Erreichte ist für uns Ansporn, die Arbeiten auf der größten europäischen Landschaftsbaustelle zügig fortzuführen und erfolgreich zum Abschluss zu bringen. Gleichzeitig bietet sich die LMBV durch das erreichte hohe Niveau bei der Sanierung von Altlasten für weitere Aufgaben, die über den bergbaulichen Teil hinausgehen, an.

Berlin, den 7. April 2000

Dr. Wolfgang Fritz

Vorsitzender der Geschäftsführung der LMBV

I. Die Anpassung des ostdeutschen Braunkohlenbergbaus an den Markt



Geiseltal, Tagebau
Neumark-Süd, 1963

Ausgangssituation

Die größte Herausforderung bei der Einbindung der ostdeutschen Energiewirtschaft in marktwirtschaftliche Strukturen war wohl die Einordnung der Braunkohle als Primärenergieträger in einen wirtschaftlich begründeten sowie den nationalen und europäischen Interessen gerecht werdenden Energiemix. Es waren nicht in erster Linie Aspekte der wirtschaftlichen Vernunft, die der Rohbraunkohle einen Anteil von knapp 70 Prozent am Gesamtprimärenergieverbrauch und von rund 80 Prozent an der Elektroenergieversorgung der ehemaligen DDR zuordneten. Der chronische Mangel an frei konvertierbaren Devisen, die begrenzten Möglichkeiten zum Import von Erdöl und Erdgas aus Russland sowie die Autarkiebestrebungen der Führung der DDR waren neben einer geringen Energieintensität und der Vernachlässigung von Umweltaspekten die Hauptursachen für die gravierenden Abweichungen in der Struktur des Primärenergieverbrauchs des Jahres 1989 beider deutscher Staaten.

Unterschiedliche Ausgangssituationen in Ost und West in Prozent

Energieträger	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
Mineralöl	40,0	13,9
Steinkohle	19,2	4,2
Braunkohle	8,5	68,4
Naturgas	17,3	9,3
Kernenergie	12,6	3,8
Wasserkraft	1,4	0,3
Sonstige	1,0	0,1
Gesamtverbrauch	100,0	100,0

Das war alles zu berücksichtigen, als es um den „Neuanfang durch Privatisierung“ in der ostdeutschen Braunkohle ging.

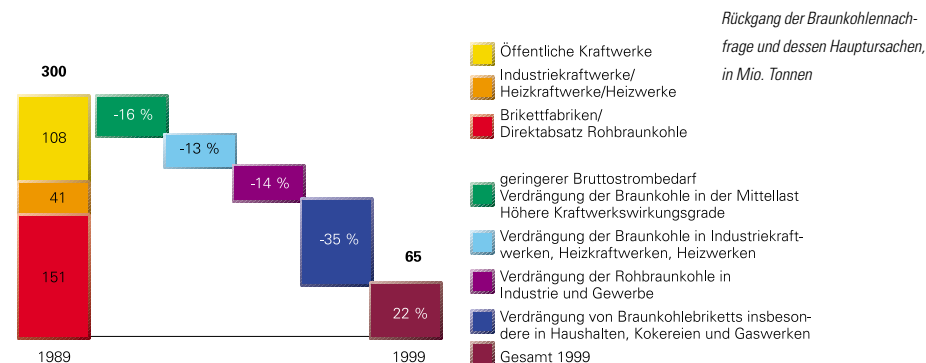
Die Anfang der 90er Jahre von der Treuhandanstalt in Auftrag gegebenen Untersuchungen erbrachten in Übereinstimmung mit den Auffassungen renommierter Unternehmen der Energiewirtschaft der alten Bundesländer den Nachweis, dass die ostdeutsche Braunkohle auch unter Wettbewerbsbedingungen wirtschaftlich für die Stromerzeugung und die Wärmeversorgung in unmittelbarer Nähe der Tagebaue eingesetzt werden kann, allerdings nicht ohne grundlegende Erneuerung alter Strukturen.

Die in den Jahren 1992/93 herausgearbeiteten Grundsätze

- der Konzentration der Rohbraunkohleförderung auf wenige leistungsfähige Tagebaue mit einer Kapazität von ca. 100 Mio. Tonnen pro Jahr bei einer Förderung von 80 Mio. Tonnen pro Jahr,
- des Einsatzes von ca. 60 Mio. Tonnen Rohbraunkohle pro Jahr für die Stromerzeugung in Grundlastkraftwerken mit Wirkungsgraden > 40 Prozent und
- der Konzentration der Brikett-, Staub- und Wirbelschichtkohleerzeugung auf maximal 3 Standorte mit einer Kapazität von ca. 2 Mio. Tonnen pro Jahr

haben sich, wenn auch auf einem etwas geringeren Niveau, als real erwiesen.

Die Hauptursachen für den Rückgang der Braunkohlennachfrage zeigt die nachstehende Übersicht.



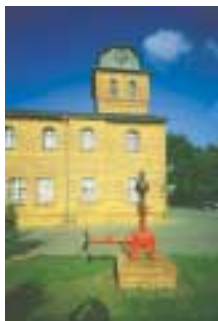
Die Konzentration der Produktion auf wenige hocheffektive Produktionsstätten sowie deren Rationalisierung erforderten in der Periode von 1989 bis 1999

- die Stilllegung von insgesamt 29 der ehemaligen 39 Tagebaue,

- die Einstellung der Produktion in 47 von ehemals 49 Brikettfabriken sowie
- die Verringerung der Belegschaft auf rund 11.250 Arbeitnehmer, das entspricht einer Freisetzung von 92 Prozent der im Jahre 1989 noch angelegten Mitarbeiter.

	Mengeneinheit	1989	1995	1999
Braunkohlenförderung				
Bundesgebiet	Mio. t	410,7	192,8	161,3
darunter Neue Bundesländer	Mio. t	300,8	88,3	64,8
LMBV	Mio. t		17,3	5,7
Produzierende Tagebaue				
Bundesgebiet	Anzahl	43	18	13
darunter Neue Bundesländer	Anzahl	39	14	10
LMBV	Anzahl		5	1
Briketterzeugung				
Bundesgebiet	kt	49.394	5.011	2.072
darunter Neue Bundesländer	kt	47.238	3.393	925
LMBV	kt		374	0
Produzierende Brikettfabriken				
Bundesgebiet	Anzahl	52	9	5
darunter Neue Bundesländer	Anzahl	49	6	2
LMBV	Anzahl		3	0
Belegschaft				
Bundesgebiet	Personen	156.731	40.281	23.582
darunter Neue Bundesländer	Personen	138.831	25.923	11.241
LMBV	Personen		11.321	2.644

Entwicklung der
Braunkohleindustrie



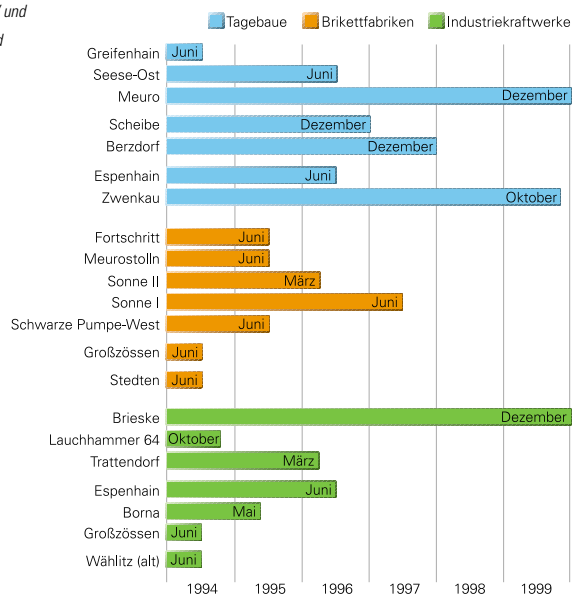
Zechenhaus, Brikettfabrik „Sonne“
in Freienhufen

Nach der Privatisierung der langfristig überlebensfähigen Tagebaue und Veredlungsanlagen im Lausitzer und Mitteldeutschen Revier übernahm die LMBV die Produktionsanpassung in den zur Stilllegung vorgesehenen Produktionseinheiten im Rahmen der mit den privatisierten Unternehmen getroffenen Vereinbarungen.

- Dabei erfolgte die Stilllegung von sieben Tagebauen ab 1994 im wesentlichen in Übereinstimmung mit der Restlaufzeit von Alt-Kraftwerken sowie mit den Terminen für die Errichtung neuer VEAG-Kraftwerke an den Standorten Schwarze Pumpe, Boxberg und Lippendorf.

- Die Schließung von sieben Brikettfabriken, der Brikettfabrik „Sonne I“ als letzter im Juni 1997, erfolgte entsprechend dem Nachfragerückgang am Markt für Braunkohlenbriketts.
- Insgesamt sieben Industriekraftwerke mussten durch die LMBV im wesentlichen in Übereinstimmung mit der Schaffung von Voraussetzungen für Ersatzlösungen zur Wärmeversorgung von Abnehmern in den Regionen geschlossen werden, als letztes das Industriekraftwerk Brieske Ende 1999.

Stillsetzungen durch die LMBV und
ihre Vorgesellschaften LBV und
MBV seit 1994



Tagebau Golpa-Nord,
im Hintergrund Ferropolis

Anpassungsprozess

Im Prozess der Anpassung der Kapazitäten der Braunkohleindustrie an die Erfordernisse des Marktes, der tiefe und zum Teil schmerzliche Einschnitte in gewachsene soziale Strukturen und in die Regionalentwicklung erforderte, ist es insgesamt gelungen,

- zu jedem Zeitpunkt zuverlässig die vertraglichen Verpflichtungen zur Versorgung der Abnehmer mit Rohbraunkohle, Braunkohlenbriketts, Staub, Elektroenergie und Wärmeenergie im Rahmen der engen Grenzen der mit der LAUBAG und der MIBRAG abgeschlossenen Alleinvertriebsverträge zu erfüllen,

- die Tagebaufahrweise so zu organisieren, dass ein nahtloser Übergang in die Sanierung erfolgte und ein hoher Anteil der Beschäftigten in die Sanierung überführt werden konnte und

- einige Betriebsstätten, so unter anderem Anlagen des Gaswerkes Schwarze Pumpe, die Hauptwerkstatt in Espenhain oder das Industriekraftwerk „Sonne“ zu privatisieren und insgesamt beträchtliche Kapazitäten mit den entsprechenden Arbeitnehmern in privatisierte Strukturen auszuliefern.

Mit der Beendigung der Kohlenförderung im Tagebau Meuro wurde dieser Anpassungsprozess für den Bereich der LMBV abgeschlossen.

II. Braunkohlesanierung – eine Investition in die Zukunft



Brikettfabrik Witznitz

Grundlagen

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands wurde die Bundesrepublik Rechtsnachfolger und damit Bergwerkseigentümer aller bis dahin volkseigenen Braunkohlentagebaue und Veredlungsanlagen.

Das Bundesberggesetz fordert im Paragraphen 55 vom Bergbautreibenden die Wiedernutzbarmachung der für den Bergbau in Anspruch genommenen Flächen.

Diese bergrechtliche Pflicht hat der Bund als Eigentümer der nicht privatisierungsfähigen Braunkohlenbetriebe übernommen und die Erfüllung dieser Pflicht der LMBV übertragen. Sie ist damit für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den stillgelegten Anlagen und Flächen, also der Gefahrenabwehr und der Wiedernutzbarmachung im Auftrag des Bundes verantwortlich.

Der Umfang und die Art der Wiedernutzbarmachung wird in den Raumordnungsverfahren der Länder nach landesplanerischen Zielen und in bergrechtlichen Abschlußbetriebsplänen unter öffentlicher Beteiligung festgelegt.

Auslaufbauwerk Burghammer



Die Bundesrepublik Deutschland als Bergwerkseigentümer und die Bundesländer Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben am 01.12.1992 im „Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten (VA Altlastenfinanzierung)“ beschlossen, für die Aufgaben der Braunkohlesanierung in den Jahren 1993 bis 1997 jährlich bis zu 1,5 Mrd. DM zur Verfügung zu stellen.

Für den Folgezeitraum von 1998 bis 2002 werden mit dem „Ergänzenden Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten (VA-Altlastenfinanzierung)“ vom 18.07.1997 weitere 1,2 Mrd. DM pro Jahr bereitgestellt.

Als Besonderheit dieses Abkommens ist die Finanzierung in zwei Programmtelle gesplittet worden:

- Programmteil I, die aus den bergrechtlichen Verpflichtungen der LMBV abgeleitete Sanierung mit jährlich 1,0 Mrd. DM
 - Programmteil II (§ 4 des „Ergänzenden Verwaltungsabkommens“) mit einer Finanzierung von bis zu 0,2 Mrd. DM jährlich für
 - besonders beschäftigungsintensive Maßnahmen der Braunkohlesanierung und
 - Sondermaßnahmen außerhalb der bergrechtlichen Verpflichtungen der LMBV.
- Hierzu zählen:
- Beseitigung von Problemen, die mit dem Wiederanstieg des Grundwassers im Zusammenhang stehen;
 - Sanierungen im Altbergbau (vor 1945) sowie
 - höherer Folgenutzungsstandard

Projekträgerschaft

Die von der LMBV wahrzunehmende Projekträgerschaft für die Sanierung ehemaliger Produktionsstandorte der Braunkohle umfaßt unter anderem folgende Aufgaben:

- **Vorbereitung der Sanierungsmaßnahmen**
- **Sanierungs- und Genehmigungsplanung**
- **Ausschreibung und Vergabe der Sanierungsleistungen**
- **Operatives Controlling der Aufgabenerfüllung**
- **Nachnutzungsvorbereitung**

Bereits in der Phase der Vorbereitung landesplanerischer Entscheidungen zur Wiedereingliederung der zu sanierenden Produktionsstätten in Umwelt, Natur und Infrastruktur der Region wirkt die LMBV mit den zuständigen Landesbehörden eng zusammen.

Für die Entscheidungsvorbereitung werden von der LMBV die entsprechenden Zuarbeiten bzw. Stellungnahmen erarbeitet, um die Rahmenbedingungen für die Sanierung festzulegen.



Sanierte Böschung

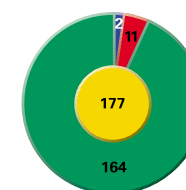
Die von den Landeskabinetten bzw. Landesministerien bestätigten Sanierungspläne bzw. Teilgebietsentwicklungspläne in ihren verschiedensten Formen sind die Grundlage für die laut Bundesberggesetz erforderlichen Abschlußbetriebspläne, die grundsätzlich in Vorbereitung der Beendigung der Bergaufsicht von der LMBV erarbeitet werden.

Von 177 notwendigen Abschlußbetriebsplänen sind 164 genehmigt, elf befinden sich im Zulassungsverfahren und zwei werden bis Ende 2000 fertiggestellt. Damit verfügt die LMBV bei den bergrechtlich verantwortlichen Leistungen über eine hohe Planungsichte.

Für die Weiterführung der umfangreichen Wasserbau- und Flutungsmaßnahmen sind 41 Planfeststellungen und 63 Plangenehmigungen von den Behörden nötig. 18 Plangenehmigungen und 1 Planfeststellung sind bisher erteilt. Insgesamt liegen 27 Teilgenehmigungen zum vorzeitigen Baubeginn vor.

Im Laufe der bisherigen Sanierungsarbeiten hat die LMBV ein umfangreiches Instrumentarium zur Planung dieser Leistungen geschaffen.

Genehmigungsstand der Abschlußbetriebspläne



Wichtige Daten 1999 der LMBV-Länderbereiche

	Mengen- einheit	Branden- burg	Ost- sachsen	West- sachsen/ Thüringen	Sachsen- Anhalt	LMBV gesamt
						
Beschäftigte LMBV (31.12.1999)		1.038	522	522	462	2.644
davon Auszubildende	Personen	223	47	172	239	681
Arbeitnehmer auf geförderten Arbeitsplätzen (Durchschnitt 1999)	Personen	1.570	1.587	377	718	4.252
Grundeigentum	ha	31.437	20.556	16.547	14.660	83.200
Umsatzerlöse	Mio. DM	93	0	14	0	107
Sanierungsleistungen	Mio. DM	385	340	156	173	1.054



Eingang zum „Campus“,
am Tagebau Espenhain

Schema des Ablaufes und der
wichtigsten Komponenten der
Bergbausanierung



Aufbauend auf leistungsfähigen Datenbanken und Programmen wie ORACLE, SAP/ R3 und GIS, wurde gemeinsam mit der Geschäftsstelle des Steuerungs- und Budgetausschusses (StuBA) ein Antragsverfahren auf der Basis von Regionalprojekten, Projekten und Teilobjekten, nach dem die einzelnen Leistungen geplant werden, entwickelt.

Die Organisation der Sanierung über Regionalprojekte, die Begleitung der operativen Sanierungsdurchführung durch die Unternehmerkontrolle, die Schaffung eines speziellen, aus dem Zuwendungsrecht abgeleiteten Controllingsystems und eine auf die Sicherung des Nachweises der Mittelverwendung ausgerichtete Abrechnung sichern eine hohe Effektivität und Flexibilität in der Aufgabenerfüllung.

Im Hinblick auf die Umstellung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern von der Planwirtschaft auf marktwirtschaftliche Erfordernisse ist es gelungen, auch die operative Tätigkeit in der Sanierung dem Wettbewerb zugänglich zu machen. Dabei bestand die Aufgabe darin, in der LMBV die unternehmerischen Voraussetzungen für eine wettbewerbliche Ausschreibung und Vergabe der Sanierungsleistungen als eine entscheidende Bedingung für ein marktkonformes Verhalten der Auftragnehmer zu schaffen.

So war es folgerichtig und konsequent, die zur Organisation der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der ersten Stunde in der damaligen LBV und MBV gebildeten speziellen Betriebsabteilungen als Tochtergesellschaften aus den Unternehmen auszugründen und in den Jahren 1994/95 zu privatisieren.

Dabei handelt es sich um folgende weithin als Sanierungsgesellschaften bezeichnete, wettbewerbsfähige Unternehmen:

- BUL – Bergbausanierung und Landschaftsgestaltung Brandenburg GmbH (BUL-B)
- BUL – Bergbausanierung und Landschaftsgestaltung Sachsen GmbH (BUL-S)
- Sanierungsgesellschaft Lauchhammer mbH (SGL)
- Sanierungsgesellschaft Schwarze Pumpe mbH (SSP)
- Mitteldeutsche Braunkohlestrukturförderungsgesellschaft mbH (MBS)
- Anhaltinische Braunkohle Sanierungsgesellschaft mbH (ABS)

Dieser Wettbewerb, an dem sich weitere rund 50 Unternehmen mit einem Marktanteil an der Sanierung von mehr als einem Drittel zur Zeit beteiligen, hat zu einer Weiterentwicklung der Sanierungstechnologien und zu einer erheblichen Kostenreduzierung geführt.

Der Entwicklungsprozeß hat neben einem leistungsfähigen Markt insbesondere die Weiterentwicklung sanierungstypischer Technologien hervorgebracht. Speziell in der Stabilisierung von setzungsfließgefährdeten Böschungen sind die bekannten Verfahren der Rütteldruck- und Sprengverdichtung weiterentwickelt und mit modernsten elektronischen Mess- und Steuerungseinrichtungen versehen worden. Das AIR-GUN-Verfahren

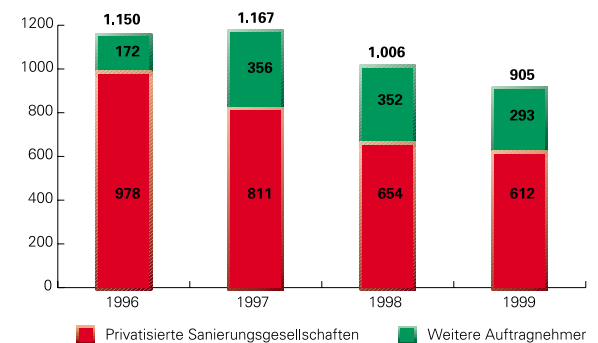


Tagebau Spreetal-Nordost

und der Einsatz richtungsgesteuerter Horizontalbohrungen zur gezielten Rutschungsauslösung sind als weitere Entwicklungen in der Verdichtungstechnologie zu nennen. Damit kann der Aufwand für die nachfolgende Uferprofilierung reduziert werden.

Weitere technologische Entwicklungen gab es bei der Sanierung von kontaminiertem Grundwasser und der Verwertung bzw. Entsorgung von Teer-Öl-Feststoffprodukten in den Veredlungsstandorten Schwarze Pumpe, Lauchhammer, Espenhain und Böhlen.

Vertragswerte in der Sanierung
in Mio. DM





Massenbewegung mit
Planiertechnik

Im Jahre 1999 konnte die positive Tendenz der Braunkohlensanierung fortgesetzt werden:

- Ausgehend von einer fundierten und vorlaufenden Planung wurden die für die Herstellung der Tagebau- und öffentliche Sicherheit relevanten Arbeiten planmäßig realisiert.
- Die volkswirtschaftlich effiziente Mittelverwendung auf der Grundlage optimierter Projektabläufe, einer wettbewerblichen Vergabe und eines straffen Projektmanagements wurde gewährleistet.
- Der Einsatz von geförderten Arbeitnehmern wurde durch ein optimales Personalmanagement im Zusammenwirken mit den Arbeitsverwaltungen gesichert.

Aus der Sanierungsdurchführung 1999 im Vergleich mit dem Vorjahr wird deutlich, dass sich die reinen bergbaulichen Sanierungsarbeiten auf hohem Niveau bewegen und die Arbeiten zur Herstellung nutzbarer Flächen sowie die wasserwirtschaftlichen Maßnahmen einen immer größer werdenden Leistungsumfang binden.

Trotz zahlreicher Rutschungen während der Sanierungsarbeiten, die größten traten im Restloch Skado mit ca. 1,6 Mio. Kubikmetern abgerutschtem Volumen und im Tagebau Witznitz mit Beschädigung der Flutungsleitung auf, konnten die wesentlichen Arbeiten termingemäß durchgeführt werden.

Die Leistungen in der Massenbewegung, Rekultivierung, Demontage und Verschrottung, Abbruch von baulichen Anlagen und Massenverdichtung konnten planmäßig realisiert werden.

Im Ergebnis der Sanierungsdurchführung wurden im Vergleich zum Jahr 1998 folgende Leistungen erbracht:



Aufschüttung einer Böschung mit
Großgerät

Gewerk	Mengeneinheit	1998	1999	Tendenz
Massenbewegung	Mio. m³	145	144	99%
Rekultivierung	ha	1.671	3.074	184%
Demontage/Verschrottung	Tt	742	477	64%
Abbruch	Tm³	1.057	693	66%
Wasserwirtschaftliche Maßnahmen	Mio. m³	353	488	139%
Massenverdichtung	Mio. m³	148	151	102%
Entsorgung	Tt	582	644	111%
Verfüllen von Grubenräumen	Tm³	164	117	71%

In den einzelnen Länderbereichen wurden in den Hauptgewerken 1999 folgende Leistungen erbracht:

Hauptgewerk	Mengeneinheit	Brandenburg	Ost-sachsen	West-sachsen/Thüringen	Sachsen-Anhalt	LMBV gesamt
Massenbewegung mit Großgeräten	Tm³	28.856	30.759	9.926	4.351	73.892
Massenbewegung mit Planiertechnik	Tm³	9.515	5.978	4.065	8.364	27.922
Massenbewegung mit mobiler Erdbautechnik	Tm³	6.091	24.564	3.778	3.851	38.284
Sonstige Massenbewegung	Tm³	2.788	211	0	750	3.749
Herstellung von landwirtschaftlicher Fläche	ha	79	0	9,5	2,4	91
Herstellung von forstwirtschaftlicher Fläche	ha	764	244	222	201	1.431
Herstellung sonstiger Flächen	ha	578	122	522	330	1.552
Demontage	t	109.013	103.006	131.694	133.664	477.377
Abbruch/Abriss	m³	251.652	212.157	141.017	88.292	693.118
Wasserhebung	Tm³	265.174	24.937	22.595	60.619	373.325
Fremdwasserzuführung zur Flutung	Tm³	25.275	67.506	51.275	19.715	193.771
Sprengverdichtung	Tm³	0	13.942	1,9	0	13.944
Rütteldruckverdichtung	Tm³	72.771	58.215	0	0	130.986
Sonstige Verdichtung	Tm³	201	4.464	60	883	5.607
Sanierung schadstoffbelasteter Bereiche	Tm³	152	509	154	194	1.009
Verfüllen von Grubenräumen	Tm³	63	27	6	21	117

Im Jahre 1999 wurden über 3.000 Hektar rekultiviert. Mehr als die Hälfte davon sind Offenlandflächen mit überwiegend naturnahem Charakter. Dieser Anteil soll in den nächsten Jahren beibehalten werden. In den Landwirtschaftsflächen sind produktionsfreie Flächen (Hecken, Säume, feuchte Senken) integriert. Die Herstellung von Forstflächen erfolgt verstärkt über die Sukzession. Insgesamt 14 Prozent der Landflächen dienen Naturschutzzwecken.

In den wasserwirtschaftlichen Maßnahmen (Wasserhebung und Flutung) konnten wegen der extremen Trockenperiode im Sommer 1999 und der damit verbundenen Einschränkung des Wasserdargebotes die geplanten Mengen nicht ganz erfüllt werden.





Tagebau Olbersdorf

Wichtige Sanierungsschritte im Jahr 1999 waren unter anderem:

- Die Beendigung der Bergaufsicht für den ersten sanierten Tagebau Olbersdorf und Übergabe an die Kommune als Bestandteil der Landesgartenschau.
- Am Standort der ehemaligen Kokerei Lauchhammer wurde in Umsetzung des neuen Sanierungskonzeptes mit der Bodenumlagerung begonnen.
- Im Tagebau Klettwitz-Nord begann mit der Rütteldruckverdichtung am künftigen Berghäuser See die Stabilisierung der Endböschungen.
- Die Flutung des Restloches 12 bei Fürstlich Drehna wurde begonnen.
- Im Tagebau Meuro wurde die Braunkohlenförderung eingestellt und der Tagebau in die Sanierung überführt.
- Das Industriekraftwerk Brieske wurde vom Netz getrennt, stillgesetzt und die Sanierung vorbereitet.
- Im Südraum Leipzig wurde mit der Flutung der Restlöcher Witznitz und Markkleeberg begonnen.
- In der Goitzsche begann die Flutung der Tagebaurestlöcher.
- Der Tagebau Zwenkau wurde durch die LMBV zur Sanierung von der MIBRAG übernommen.
- Im Tagebau Wulfersdorf ging eine Reinigungs- und Enteisungsanlage für Filterbrunnenwasser in Betrieb.

Die Sanierungsarbeiten der vergangenen Jahre haben das Landschaftsbild in den ehemaligen Braunkohleregionen nachhaltig verändert.

Einleiter zum Olbersdorfer See



Kohleumschlagplatz des Tagebaus Meuro (Vordergrund) und der entstehende Lausitzring

Der größte Teil der Industriebauwerke der Braunkohleveredlungsanlagen ist abgebrochen, die Sanierung im wesentlichen abgeschlossen. So sind in Brandenburg die Brikettfabriken und Industriekraftwerke Aufstieg, Meurostolln, Fortschritt, Brieskel/II, Kausche, Haidemühl, Welzow, die Brikettfabriken 61, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69 und die Kokerei Lauchhammer nahezu vollständig abgebrochen. Die Brikettfabrik Domsdorf wird als Technisches Denkmal genutzt. Die Veredlungsstandorte Brieske in unmittelbarer Nachbarschaft der „Gartenstadt Marga“ und Lauchhammer-Süd werden als Industrie- und Gewerbegebiete gestaltet.

In Sachsen und Thüringen sind die Veredlungsanlagen Laubusch, Heide, Zeißholz, Schwarze Pumpe West/Ost, Lobstädt, Thräna, Böhlen, Borna, Deutzen, Regis, Rositz, Haselbach und Großzössen demontiert und abgerissen. Die ehemalige Brikettfabrik Knappenrode ist in ein technisches Museum umgewandelt und stellt in der Zwischenzeit eine wichtige Attraktion dar. Auf der Fläche der ehemaligen Brikettfabrik Böhlen entstand das neue Kraftwerk Lippendorf.

In Sachsen-Anhalt ist der Abbruch der Veredlungsanlagen Holzweißig, Völpke, Beuna, Großkayna, Braunsbedra, Stedten, Deuben und Profen abgeschlossen.

Am Tagebau Golpa-Nord ist mit ehemaligen Tagebaugroßgeräten des Bitterfelder Reviers eine sinnvolle Verbindung von Tourismus und Technik-Geschichte geglückt. Zur EXPO 2000 wird „Ferropolis – die Stadt aus Eisen“ ein besonderer Besuchermagnet sein.

Die 60-Meter-Abraumförderbrücke Klettwitz-Nord wurde aus dem Tagebau herausgefahren und soll in Trägerschaft der Amtsgemeinde Massen zu einer „Besucherattraktion“ entwickelt werden.

Mit der Flutung von Tagebaurestlöchern in der Lausitz und in Mitteldeutschland sind Ansätze einer neuen Landschaft nach dem Bergbau mit vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten erkennbar.

In die Tagebaue sind bisher rund 450 Mio. Kubikmeter Wasser eingeleitet worden. Das ist die doppelte Menge des jährlichen Berliner Wasserverbrauchs.

Die Rekultivierung der Kippenflächen und Randbereiche der Tagebaue und Industriestandorte wurde 1999 entsprechend den festgelegten Sanierungszielen fortgesetzt. Allein 1.200 Hektar Wald wurden gepflanzt, 1.068 Hektar Fläche zwischenbegrünt, 1.133 Hektar Fläche melioriert und 66 Kilometer Wirtschaftswege angelegt.

III. Wiederherstellung eines ausgeglichenen Wasserhaushalts – Herausforderung für die LMBV

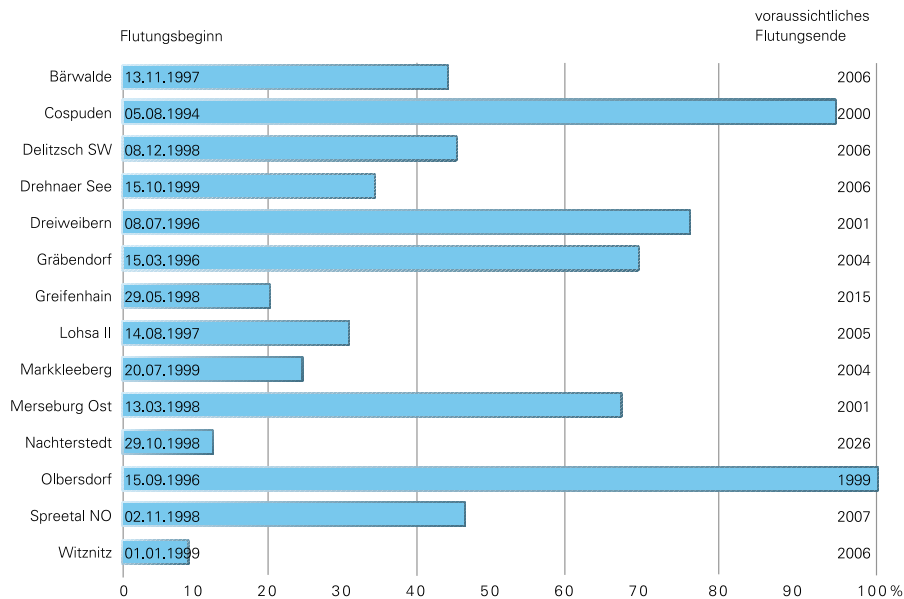


Flutungsbeginn im Tagebau Golpa-Nord

Beeinflussung des Wasserhaushalts

Der Braunkohlenbergbau hat nachhaltig in den Gebietswasserhaushalt der Lausitz und Mitteldeutschlands eingegriffen. Durch die Hebung von ca. 1,5 Mrd. Kubikmetern Wasser pro Jahr entstand im Laufe der Jahrzehnte ein Absenkungstrichter mit einem Wasserdefizit von 12,7 Mrd. Kubikmetern. Die Vorfluter Spree, Schwarze Elster, Pleiße, Weiße Elster und Mulde wurden in dieser Periode mit erheblichen Mengen an Zusatzwasser beaufschlagt.

Füllungsstand und voraussichtliches Flutungsende ausgewählter Restflöcher, Stand Ende 1999



Flutungsbauwerk des Speichersystems Lohsa II

Durch die Umweltministerkonferenz 1994 wurde daher das Rahmenkonzept zur Wiederherstellung eines ausgeglichenen, sich weitgehend selbst regulierenden Wasserhaushalts in den vom Braunkohlenbergbau beeinträchtigten Flusseinzugsgebieten verabschiedet. Als Ziele wurden festgehalten:

- die Grubenwasserhebung in den Bergbaugebieten zu reduzieren,
- die Wiederauffüllung des Wasserdefizits durch Flutung der Tagebaue und Auffüllung des Porenraumes in den Grundwasserleitern zu ermöglichen,
- das Sicherstellen des Mindestabflusses beim Bau von sich selbst regulierenden Vorflutsystemen,
- die Verbesserung der Wasserbeschaffenheit in den Tageauseen, durch Eingrenzung des Versauerungsprozesses in Folge des Eintrages von Schwefel- und Eisenverbindungen.

Um diese Ziele zu erreichen, sind große Wassermengen in kurzer Zeit für die Wiederherstellung eines ausgeglichenen Wasserhaushalts verfügbar zu machen. Nur durch eine schnelle Flutung können Böschungserosion und Böschungsabbrüche durch Unterspülung verhindert werden. Die Füllung der Tageauseen allein durch den Zustrom von Grundwasser würde bis zu 60 Jahre dauern. Darüber hinaus würde extrem saures Wasser zufließen. Daher wurden durch die LMBV in Zusammenarbeit mit externen Instituten und Ingenieurgesellschaften Konzepte erarbeitet, um zusätzliche Wassermengen zu erschließen.

Bei der Flutung wird die Strategie verfolgt, die jahreszeitlichen Überschussmengen in den Oberflächengewässern durch Einbeziehung vorhandener Talsperren, durch den Neubau von Wasserspeichern und durch Überleitung von Wasser aus anderen Flusseinzugsgebieten vollständig für die Flutung der Tagebaue zu nutzen. Durch eine schnelle Flutung wird gleichzeitig eine gute Wasserqualität gesichert.

Wissenschaftliche Begleitung

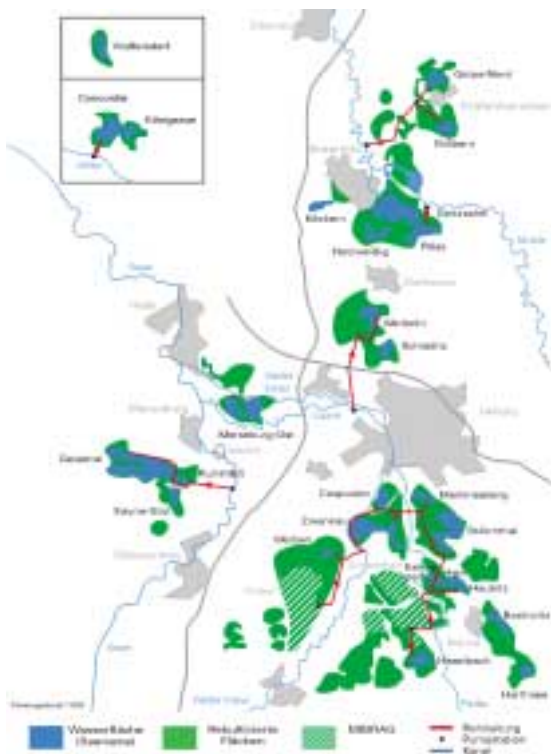
Um für diese anspruchsvolle Aufgabe belastbare Konzepte erarbeiten zu können, sind im Auftrage und im Zusammenwirken mit der LMBV durch namhafte Forschungsinstitute, Landes- und Fachbehörden sowie Ingenieurbüros wichtige wissenschaftlich-technische Grundlagen erforscht worden.

Im Ergebnis der Untersuchungen „Entwicklung der Grundwassergüte in den Braunkohlefördergebieten der fünf neuen Bundesländer“ war es möglich, limnologische Grundausagen für die einzelnen Tageauseen in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu erarbeiten.



Flutung des Tagebaus Witznitz

Wasserwirtschaftliches
Planungskonzept der LMBV in
Mitteldeutschland



Durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung sind elektrochemische und mikrobiologische Verfahren für die Gewässergütebehandlung gefördert worden. Darüber hinaus wurden durch universitäre Forschungsinstitute in Zusammenarbeit mit der LMBV die Zusammenhänge zwischen geotechnischer Stabilisierung und dem Versauerungspotenzial der Böschungen untersucht. Zur Zeit werden noch Forschungsvorhaben zu Ende geführt, die die Reinigung von Grundwasser an Veredlungsstandorten sowie die Selbstreinigungsfähigkeit des Bodens durch Mikroorganismen zum Inhalt haben.

Unter Verwendung dieser Ergebnisse sind durch die LMBV Durchführbarkeitsstudien zur wasserwirtschaftlichen Sanierung der Seengebiete erarbeitet worden. Nach geohydrologischer, technischer und wirtschaftlicher Bewertung von Flutungsvarianten konnten Lösungen gefunden werden, die den Zielen der Raumordnung entsprechen und betriebswirtschaftlich zu vertreten sind. Damit werden durch die LMBV im Prozeß der Wiedernutzbarmachung weiche Standortfaktoren geschaffen, die die wirtschaftliche Gesundheit der Regionen unterstützen.

Stand der Flutung

Auf der Grundlage dieser Studien und unter Nutzung des bergmännischen und wasserwirtschaftlichen Know-how der LMBV wurden in den letzten drei Jahren mit der Flutung an 22 von 44 größeren Seen mit Fremdwasser begonnen.

Gute Fortschritte konnten dabei in West-Sachsen/Thüringen erreicht werden: Durch den Abschluss eines Wasserliefervertrages mit dem Bergbauunternehmen MIBRAG in 1997 und den Bau einer 73 Kilometer langen Rohrleitung wird eine schnelle und jahreszeitlich stabile Flutung der ehemaligen Tagebaue Cospuden, Markkleeberg, Störnthale, Witznitz und Zwenkau mit Sümpfungswasser aus den Tagebauen Profen und Vereinigtes Schleenhain ermöglicht. Im Tagebau Cospuden nahe Markkleeberg wird im Jahr 2000 die Flutung abgeschlossen werden. Da auch die Wasserqualität den in der Raumordnung geforderten Kriterien entspricht, ist hier eine frühzeitige Nutzung des Tageausees durch die Öffentlichkeit möglich. 1999 konnte auch das



Flutung des Restloches Olbersdorf

Eigentum am See und den Uferbereichen an die umliegenden Städte und Gemeinden übertragen werden. Durch ein optimiertes Flutungsprogramm wird der See Markkleeberg schon ab 2004 für die Nutzung zur Verfügung stehen.

Nach der Sanierung des Tagebaus Olbersdorf in der Oberlausitz wurde die Flutung des Olbersdorfer Sees im Jahr 1999 beendet. Hier konnte die LMBV durch Mitwirkung aller Beteiligten rechtzeitig zur Landesgartenschau ein landschaftsbestimmendes Element fertigstellen.

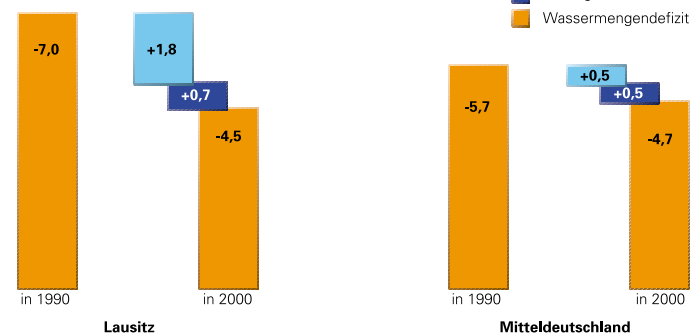
In der niederschlagsarmen Niederlausitz wird die Flutung der Tagebaue insbesondere durch geringe Grundwasserneubildung und die Mindestwasserführung in den Flüssen Spree und Schwarze Elster bestimmt. Hier bestehen berechnete Interessen der gewerblichen Nutzer, wie Wasserwerke, Kraftwerke, Landwirtschaft sowie zur Erhaltung sensibler Naturschutzgebiete, wie dem Biosphärenreservat Spreewald.

Da nach Einstellung der Tagebausümpfung mehrerer Tagebaue entlang der Spree der früher überhöhte Durchfluß rapide gesunken ist, hat die Einhaltung von wirtschaftlich und ökologisch notwendigen Mindestabflüssen besondere Bedeutung gewonnen. Dies führte dazu, dass in den vergangenen Jahren in den Sommermonaten nur eingeschränkt Wasser für die Flutung der stillgelegten Tagebaue zur Verfügung stand.

Wiederherstellung des Wasserhaushaltes durch die LMBV bis 1999

Flutung in 22 von 44 Tagebauen begonnen

Wassermengen in Mrd. m³





Überleiter zwischen den Tagebauen Burghammer und Lohsa II

Um hier Abhilfe zu schaffen, wird zur Zeit an der Erschließung zusätzlicher Wassermengen gearbeitet. Durch den Aufbau einer „**Flutungssteuerzentrale**“ gemeinsam mit den Fachbehörden, werden hier die Bewirtschaftung der Fluszeinzugsgebiete Spree und Schwarze Elster in der Lausitz über die Landesgrenzen von Sachsen und Brandenburg hinaus unterstützt. Durch gezielte Speicherung in vorhandene und zu schaffende Tal-sperren und zeitgerechte Wiedereinleitung von Wasser in die Vorfluter können jahreszeitliche Schwankungen abgemildert werden. Die in der Betriebszentrale installierten Rechenmodelle erlauben auch tages- und wochenweise vorhandene Überschußmen-gen zur Flutung zu nutzen.

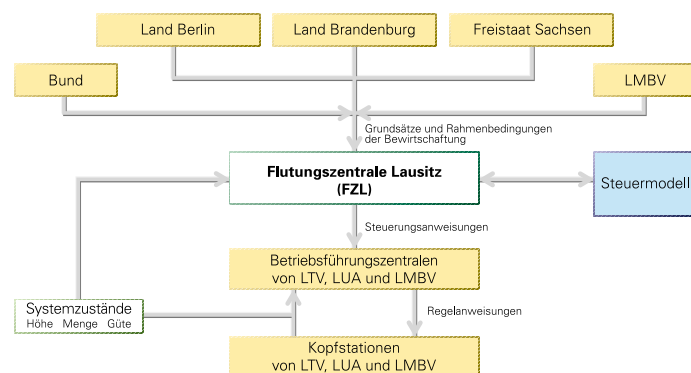
Genehmigungsmanagement

Die durch die Bergbausanierung geschaffenen Tagebauseen sind Landschaftselemente, die langfristig und nachhaltig die Regionen prägen werden. Die LMBV stellt entsprechend den Vorgaben der Wasserhaushaltsgesetze der Länder Anträge für wasserrechtliche Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren. Gemeinsam mit den Fachbehörden sind zu den 41 Planfeststellungsverfahren und 63 Plangenehmigungen die Voraussetzungen für die notwendigen Verfahrensschritte eingeleitet worden.

Durch ein gezieltes Verfahrenscontrolling unter Beteiligung von Kommunen, Fachbehörden und Öffentlichkeit wird hier eine rasche Durchführung der Verfahren angestrebt.

Schema Flutungszentrale

LTV - Landestalsperrenverband Sachsen
LUA - Landesumweltamt Brandenburg



Wassereinleitung in den Tagebau Cospuden

Parallel dazu werden Teilbereiche des Grundwasserwiederanstiegs und seiner Auswirkungen untersucht. Erfolgreich konnte hier zum Beispiel in Hoyerswerda durch ein Zusammenwirken der Stadt, des Landkreises und der Sächsischen Landesregierung ein Weg gefunden werden, die notwendigen Schritte zur Wasserfreihaltung der Neustadt zu gehen. Im Sommer 1999 wurde mit dem Weststrandgraben als Ableitungsbauwerk begonnen.

ort Schwarze Pumpe eine Kombination von

- Haltungsbrunnen mit Wasserreinigung
- Ölabschöpfung in der Wasserphase
- In-Situ-Grundwasserbehandlung

anzuwenden. Durch Variation dieser Verfahren entlang der Zeit können hier technisch und wirtschaftlich günstige Lösungen umgesetzt werden. Darüber hinaus erlauben diese Verfahren eine frühe Wiedernutzung der Geländeoberfläche für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben.

Grundwassersanierung

Mit dem Fortschritt der Sanierungsarbeiten auf den Standorten der thermischen Kohleveredlung sind durch die LMBV Lösungen zur Sicherung und Abwehr von Gefahren durch Grundwasserverunreinigung erarbeitet worden, die weit über die eigenen Unternehmensgrenzen hinaus anwendbar sind. In den gesättigten und ungesättigten Bodenzonen sind durch den jahrzehntelangen Betrieb sowie durch Havarien und Kriegsschäden veredlungstypische Schadstoffe, wie Phenole und Kohlenwasserstoffe angelagert worden. Diese führen zu massiven Schadstoffeinträgen in die wasserführenden Grundwasserleiter. Ziel der Arbeiten der LMBV ist es, durch Unterbrechung der Expositionspfade die Schadstoffbelastung im Grundwasser nachhaltig zu reduzieren. Im Ergebnis von mehrjährigen geohydrologischen Untersuchungen ist vorgesehen, am karbochemischen Stand-

Bei der Sanierung des Grundwassers in Deuben nahe Zeitz werden Verfahren angewandt, die Ergebnis aktueller Forschungsarbeiten sind. Hier werden nach technischer Optimierung die Verfahren

- mikrobiologischer Abbau
- UV/H₂O₂-Sanierungsmethoden
- nasschemische Oxidation

im Rahmen der On-site-Grundwasserreinigung angewandt.

Ebenso werden Untersuchungen zum natürlichen Schadstoffabbau und zum Schadstoffverteilungsverhalten an den Standorten der thermischen Kohleveredlung angestellt mit dem Ziel, diesen Standort für eine Nachnutzung schnell zur Verfügung zu stellen. Durch die von der LMBV initiierten Arbeiten konnten die ursprünglich eingeschätzten Sanierungskosten erheblich gesenkt werden.

IV. Projektträgerkompetenz der LMBV für weitere Aufgaben



Mit den Festlegungen im §4 des „Ergänzenden Verwaltungsabkommen zur Braunkohlensanierung“ vom 18.07.1997 wurden die Voraussetzungen für die Realisierung von Maßnahmen geschaffen, die über die bergrechtliche Verantwortung des Unternehmens hinausgehen und unter der Projektträgerschaft der LMBV mit nachstehenden Zielen durchgeführt werden:

- Erhöhung des Folgenutzungsstandards bereits sanierter Immobilien als Voraussetzung für ihre Verwertung und zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur
- Abwehr von Gefahren im Zusammenhang mit dem Grundwasserwiederanstieg und weitergehender Vorflutregulierungen auch mit dem Ziel der Vermeidung von Blockaden für eine zügige Fortführung der bergrechtlichen Wiedernutzbarmachungsverpflichtungen der LMBV
- Sanierung von Altbergbaugebieten ohne Rechtsnachfolger, besonders mit dem Ziel der Beseitigung bestehender Gefährdungen für angrenzende Regionen

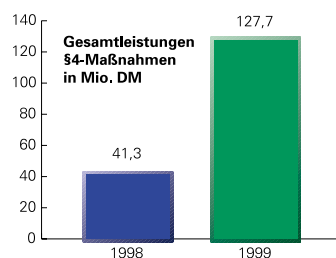
Leistungszuwachs

Mit Fortschreiten der bergmännischen Grundsanierung erhalten diese Maßnahmen eine immer größere Bedeutung. Der Vergleich des Jahres 1999 zum Vorjahr zeigt, dass es der LMBV auch mit der Übertragung der **Projektträgerschaft** für diese sogenannten „**§4-Maßnahmen**“ durch die Bundesländer gelungen ist, einen größeren Leistungsumfang als 1998 umzusetzen.

Dies ist insbesondere zwei Faktoren geschuldet:

- Der Planungs- und Genehmigungsvorlauf konnte durch die Erarbeitung und die Realisierung entsprechender Vorplanungsprojekte je Bundesland bedeutend erhöht werden.
- Die organisatorischen Abläufe, beginnend bei der Projektbeauftragung durch das jeweilige Bundesland, die Projektvorbereitung und die Projektvergabe wurden effizienter gestaltet.

Das nachfolgende Diagramm zeigt die Entwicklung:



Vielzahl von §4-Projekten

Länderbereich	Fremdleistungen in TDM	Gesamtkosten in TDM	Arbeitnehmer gefördert
Brandenburg	39.900	49.061	205
Sachsen gesamt	24.153	27.601	43
davon Sachsen-Ost	15.328	17.477	21
Sachsen-West	8.825	10.124	23
Sachsen-Anhalt	46.805	50.799	197
LMBV gesamt	111.069	127.698	445

Im Jahr 1999 wurden von der LMBV insgesamt 40 Projekte im Rahmen der Bestimmungen des §4 des „Ergänzenden Verwaltungsabkommens“ bearbeitet. Darunter waren acht Projekte zur Gefahrenabwehr bei Grundwasserwiederanstieg bzw. zur Vorflutregulierung, 15 Projekte zur Beseitigung von Gefahren aus Altbergbau und 17 Projekte zur Erhöhung des Folgenutzungsstandards.

Mit der Durchführung dieser Maßnahmen wurde die LMBV von den neuen Bundesländern vor allem deshalb beauftragt, weil sie als Projektträger für die Bergbausanierung in

den vergangenen Jahren umfangreiche Erfahrungen bei der Planung, der wettbewerblichen Vergabe, der Organisation der Projektdurchführung und beim Nachweis der Mittelverwendung gesammelt hat. Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag für die Lösung territorialer Probleme und auch für die Strukturentwicklung in den Regionen.

Der Zuwachs an Leistungen für „§4-Maßnahmen“ im Jahre 1999 gegenüber dem Vorjahr ist auch Ausdruck für den dringenden Bedarf an solchen Maßnahmen in den Bergbauregionen.

In den Länderbereichen wurden
1999 folgende Leistungen im
Rahmen der §4-Projekte realisiert



Projektkategorie	Brandenburg	Freistaat Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Grundwasser/ Vorflutregulierung	4	2	2	0
Altbergbau	6	2	6	1
Erhöhung Folgenutzungsstandard	7	7	3	0

Überblick der §4-Projekte nach
Bundesländern (Anzahl)



Förderbrücke F 60 aus dem Tagebau Klettwitz-Nord auf ihrer letzten Fahrt

Markante Aufträge im Jahr 1999

- Beginn der Gefahrenabwehr gegen Folgen des Grundwasserswideranstiegs im Raum der Stadt Hoyerswerda mit dem Ersten Spatenstich am Weststrandgraben im Monat August
- Beendigung der Restarbeiten zur Erhöhung des Folgenutzungsstandards im Tagebau Olbersdorf
- Sicherung/Verwahrung der Grubenbaue im Altbergbau der Stadt Zittau
- Rekonstruktion der Spreewehre in Tratendorf und Burg
- Beginn der Arbeit an der 60-Meter-Abraumförderbrücke im ehemaligen Tagebau Klettwitz-Nord zur Nachnutzung als Technisches Denkmal/Besucherbergwerk
- Gestaltung der Strandbereiche am Restloch Niemtsch und Weiterführung der Sicherung der Böschungen am Restloch Drochow
- Verwahrung von untertägigen Hohlräumen im Bereich Döbern und Brieskow/Finkenheerd
- Weiterführung der Sanierungsarbeiten an der Mülldeponie Nachterstedt
- Fertigstellung erster Bauabschnitte zur Verbesserung der Infrastruktur im Bereich der Ortslagen Gosda und Fürstlich Drehna

Trasse des Weststrandgrabens bei Hoyerswerda



Ein Beispiel für die Nutzung des Know-how der LMBV über die im „Ergänzenden Verwaltungsabkommen“ geregelten Maßnahmen hinaus ist die Übertragung der Projektträgerschaft für das **Gesamtvorhaben ADDINOL** durch das Land Sachsen-Anhalt an die LMBV.

Gegenstand des Projektmanagements durch die LMBV sind:

- Sanierung der Innenkippe Leonhardt mit den Schwerpunkten
 - Errichtung einer Baustraße
 - Entsorgung von ca. 65.000 Tonnen Säureharzen und Verbrauchbleicherden
 - Entsorgung von 4.000 Kubikmetern stark kontaminiertem Oberflächenwasser
 - Entsorgung von 50.000 Kubikmetern kontaminiertem Erdreich

Der Gesamtumfang der Leistungen an der Innenkippe wird ca. 11 Mio. DM betragen.

- Sicherung der Nordostböschung am ADDINOL-Werksgelände gegen den Abstrom von kontaminiertem Grundwasser in den zukünftigen Geiseltalsee mit den notwendigen ingenieurtechnischen Untersuchungen.



Gelungene Nachnutzung der Brikettfabrik Neukirchen/Wyhra

Ausblick

Mit den erfolgreich abgewickelten Projekten empfiehlt sich die LMBV für die Übernahme weiterer über die Bergbaualllasten hinausgehender Projektträgeraufgaben, so für die Übernahme zusätzlicher Verantwortung bei Projekten, die in Verbindung mit der Braunkohlesanierung (sogenannte Schnittstellenprojekte) stehen.

V. Braunkohlesanierung - Chance für den Arbeitsmarkt der Regionen



Pflanzungen in der Lausitz

Arbeitgeber Braunkohlesanierung

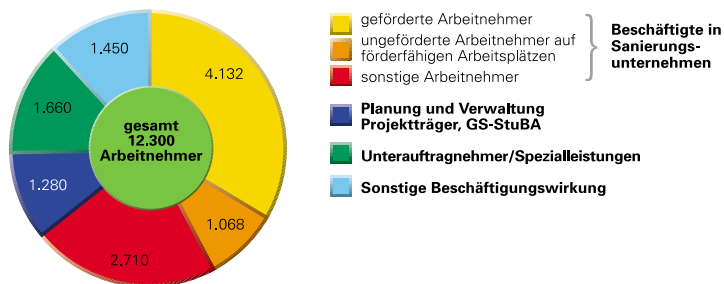
In den monostrukturierten ehemaligen Braunkohleregionen der Lausitz und Mitteldeutschlands ist die LMBV als Projektträger für die Braunkohlesanierung nach wie vor ein wichtiger arbeitsmarktpolitischer Faktor. Durch die Vergabe von Bergbausanierungsleistungen trägt sie wesentlich zur Entlastung der regionalen Arbeitsmärkte bei.

In bemerkenswerter Weise gelingt es, die Verzahnung von Struktur- und Arbeitsmarktpolitik unter wettbewerblichen Bedingungen zu praktizieren.

Bau des Wassereinleiters in Golpa-Nord



Beschäftigungswirksamkeit der Braunkohlesanierung



Neben den regionalen arbeitsmarktpolitischen Effekten wird nach wie vor der Personalanpassungsprozess im Braunkohlenbergbau sozial begleitet. Ehemalige Bergleute arbeiten aktiv an der Beseitigung und Aufarbeitung ökologischer Altlasten der Tagebaue und Veredlungsanlagen. 1999 kamen annähernd 70 Prozent der mit Braunkohlesanierungsarbeiten betrauten Beschäftigten aus dem Bergbau.

Ein großer Teil dieser Beschäftigten unterliegt der Förderung durch die Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen des §272 ff. SGB III. Anstatt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, werden durch die Bundesanstalt für Arbeit sinnvolle Arbeiten im Rahmen von Struktur Anpassungsmaßnahmen durch sogenannte Lohnkostenzuschüsse unterstützt. Die Bundesanstalt für Arbeit leistet somit einen wichtigen Beitrag an der Gesamtfinanzierung der Braunkohlesanierung entsprechend dem Ergänzenden Verwaltungsabkommen vom Juli 1997.

förderfähige Arbeitsplätze gesamt	Brandenburg	Ostsachsen	Sachsen-Anhalt	Westsachsen/Thüringen	Gesamt
1998	2.102	1.865	582	1.071	5.620
1999	2.041	1.884	786	610	5.321

Verteilung der förderfähigen Arbeitsplätze im Durchschnitt der Jahre 1998 und 1999 auf die LMBV-Länderbereiche

Die im Rahmen der Braunkohlesanierung initiierte Beschäftigungswirkung liegt nach Expertenuntersuchungen weiterhin auf einem hohen Niveau von mehreren tausend Arbeitnehmern. Die Gesamtbeschäftigungswirkung für 1999 wird mit 12.300 Arbeitnehmern beziffert.

Einsatz von Arbeitnehmern auf förderfähigen Arbeitsplätzen

Durch ein zielgerichtetes Projekt- und Personalmanagement in der LMBV sowie durch die intensive Einbeziehung der beteiligten Bewilligungsinstanzen konnte zu Beginn dieses Jahres durch ein umfängliches Sonderqualifizierungsprogramm der witterungsbedingte Beschäftigungsrückgang erheblich gemildert werden. Durch gesondert vertraglich vereinbarte Qualifizierungsmaßnahmen werden geförderte Arbeitnehmer im Rahmen bewilligter Projekte zielgerichtet durch Sanierungsunternehmen und Bildungsträger qualifiziert.

Somit werden die Arbeitnehmer nicht nur vor der Arbeitslosigkeit bewahrt, sondern in die Lage versetzt, die im Rahmen der Braunkohlesanierung zu realisierenden Aufgaben mit hoher Qualität zu erfüllen. Nicht zuletzt damit wird die Vermittelbarkeit auf den ersten Arbeitsmarkt erhöht.



Rütteldruckverdichtung am Koschendam

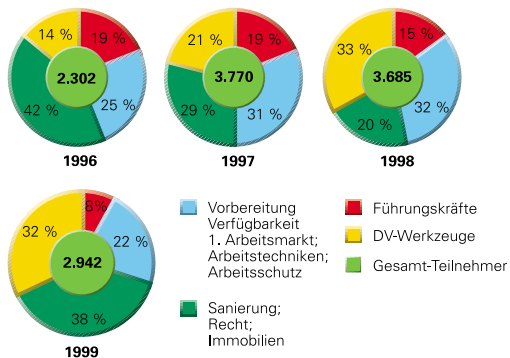


Fort- und Weiterbildung in der LMBV

Die Wandlung der LMBV von einer Bergwerksgesellschaft zu einer Projektträgergesellschaft war eine der Herausforderungen an die Beschäftigten des Unternehmens.

Ziel der Fort- und Weiterbildung der LMBV-Mitarbeiter ist vor allem die Vermittlung von Kenntnissen und Wissen für die Erfüllung ihrer Aufgaben, insbesondere im Rahmen der Projektträgerschaft, sowie auch für die Erhöhung ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Teilnehmer und Bildungsschwerpunkte der Jahre 1996 bis 1999



Schwerpunkte der Bildungsprogramme sind und waren die:

- Fortbildung der mit der Sanierungsplanung und -begleitung beschäftigten Mitarbeiter
- Lehrgänge für das Liegenschafts- und Immobiliengeschäft
- Fortbildung im Bereich der Standardsoftware sowie der SAP-Anwendung, Geo-informations- und CAD-Systeme.

Qualifizierung für die Zukunft

Bedingt durch Stilllegungen der produzierenden Bereiche, wie Tagebaue, Kraftwerke und Veredlungsfabriken nahm in der Zeit von 1996 bis 1999, die Fortbildung und Qualifizierung gekündigter Mitarbeiter einen breiten Raum im Unternehmen ein.

Unter dem Thema „Die Zeit nach der LMBV“ wurden die von Kündigung betroffenen Mitarbeiter auf die kommenden Anforderungen des freien Arbeitsmarktes vorbereitet.

So wurden durch erfahrene Seminarleiter die persönlichen und beruflichen Stärken der Mitarbeiter eingeschätzt. Es wurden Anforderungsprofile erarbeitet, um den Teilnehmern Mittel und Wege für ihre berufliche Zukunft aufzuzeigen.

In themenbezogenen Seminaren wurden den Mitarbeitern Ansätze und Lösungen für einen beruflichen Neubeginn erläutert.



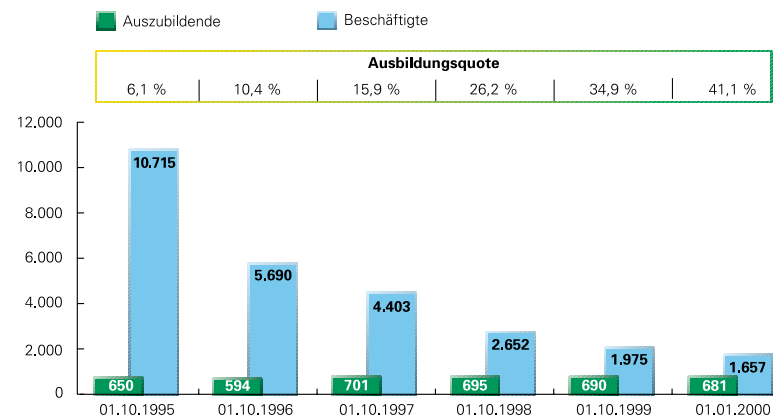
Perspektive durch Ausbildung

Der LMBV ist es gelungen, trotz rückläufiger Personalentwicklung und dem wegen ihrer Aufgabenstellung fehlenden Nachwuchsbedarf die Erstausbildung seit Jahren auf etwa konstantem Niveau zu halten. Damit entwickelte sich die Ausbildungsquote von 6,1 Prozent 1995 auf derzeit 41,1 Prozent. Zum 01.01.2000 befanden sich 681 Lehrlinge in der Ausbildung.

Die kritische Situation auf dem Ausbildungsmarkt in den neuen Bundesländern veranlasste die LMBV als Bundesunternehmen, nach neuen Partnern und Wegen in der Finanzierung zu suchen.

So werden seit 1998 Einstellungen für die Berufsausbildung auch aus Mitteln des Verwaltungsabkommens für die Braunkohlesanierung finanziert. Zur Zeit befinden sich über diesen Finanzierungsweg 229 junge Menschen in der Ausbildung. Weitere 100 werden zum 01.09.2000 eingestellt. 1997 wurde eine Ausbildungsinitiative im Bereich der ostdeutschen Chemieindustrie und des Braunkohlenbergbaus gestartet, an der sich Treuhandnachfolgeunternehmen und deren Projektgesellschaften, die zuständige Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie sowie ostdeutsche Länder finanziell beteiligen.

Zahlen der Beschäftigten und der Auszubildenden in der LMBV 1995 bis 2000

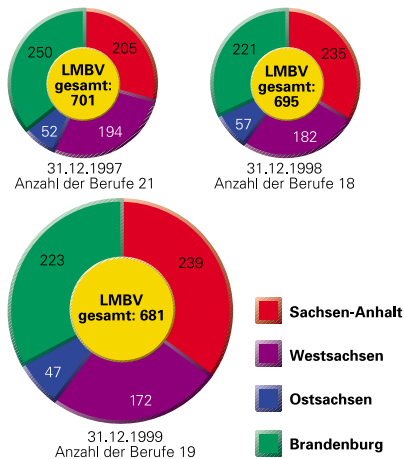




Moderne Berufsbilder

Die Ausbildung findet im Wesentlichen in ehemaligen, nun ausgegründeten Ausbildungsstätten des ostdeutschen Braunkohlenbergbaus statt. Die Beziehungen zwischen der LMBV und diesen Ausbildungsstätten sind über Geschäftsbesorgungsverträge geregelt. Die Verteilung der Auszubildenden auf die einzelnen Länder zeigt die untenstehende Grafik.

Entwicklung der Ausbildung
in den Länderbereichen
1997 bis 1999

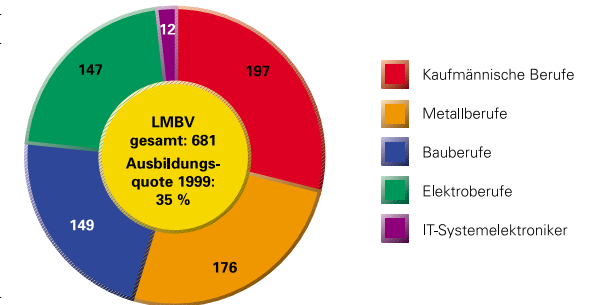


Die LMBV bildet derzeit in 19 Berufen aus. Dabei wurde davon ausgegangen, Ausbildungsberufe auszuwählen, die auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt werden. Auf Grund ihrer Aufgabenstellung kann die LMBV die Auslernenden nach der Ausbildung nicht übernehmen. So stellt sie sich mit ihren Ausbildungspartnern der Aufgabe, in neuen und innovativen Berufen auszubilden. Seit 1999 werden IT-Systemelektroniker, ab 01.09.2000 auch Mechatroniker ausgebildet.

Da die LMBV die Lehrlinge in den gewerblichen Berufen auf Grund ihrer Aufgabenstruktur nicht selbst im Praktikum ausbilden kann, ist sie Partnerschaften mit klein- und mittelständischen Unternehmen des entsprechenden Gewerkes in den Revieren eingegangen. Dieser Besonderheit ist es zu verdanken, dass eine nicht unerhebliche Anzahl von Lehrlingen nach der Ausbildung von ihren Praktikumsbetrieben in ein Arbeitsverhältnis übernommen wird. Durch diese Initiativen wurde es z.B. möglich, dass über 60 Prozent der im Winterhalbjahr 1999/2000 Auslernenden nahtlos in eine neue Tätigkeit vermittelt werden konnten.

Die Auszubildenden können über den eigentlichen Ausbildungsplan hinaus, bei vorhandenen Fähigkeiten und Interesse, zusätzliche, am Arbeitsmarkt orientierte Qualifikationen erhalten. Gespräche mit entsprechenden Partnern kurz vor Beendigung der Ausbildung sowie Bewerbungstrainings tragen dazu bei, die Angst vor der Bewerbungssituation zu nehmen.

Solange die Situation auf dem Ausbildungsmarkt noch kritisch ist, wird die LMBV sich auch künftig bemühen, ihren Beitrag zu deren Verbesserung zu leisten.





gedas Hoyerswerda, vormals
LMBV-Rechenzentrum

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze - eine vorrangige Aufgabe der LMBV

Seit ihrer Gründung ist die LMBV bemüht, im Rahmen der Einstellung der Produktion in nicht privatisierbaren Produktionsstätten, der Veräußerung von Industrie- und Gewerbeflächen sowie der Vermietung und Verpachtung von LMBV-Immobilien neue Arbeitsplätze in auf dem Markt aktiv agierenden Unternehmen zu schaffen bzw. Zusicherungen zur Schaffung solcher Arbeitsplätze zu erhalten. Sie ging dabei insbesondere davon aus, den Strukturanpassungsprozess, der mit dem im Kapitel I dargestellten Verlust von Arbeitsplätzen im Braunkohlenbergbau verbunden war, zu unterstützen und für die Bergarbeiter etwas sozialverträglicher zu gestalten. Durch diese Aktivitäten konnten bis Ende 1999 über **11.800 Arbeitsplätze** neu geschaffen werden bzw. wurden durch Investoren Zusicherungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen abgegeben.

- Durch **Ausgliederungen** von ehemaligen Betriebsabteilungen der Braunkohleunternehmen, insbesondere von Werkstattkomplexen, Abschnitten von Veredlungsbetrieben und Dienstleistungskomplexen an 67 kleine und mittelständische Unternehmen wurden 2.444 Arbeitsplätze erhalten bzw. neu geschaffen.

Analysen zeigen, dass ca. dreiviertel dieser ausgegründeten Kapazitäten noch heute aktiv am Markt tätig sind.

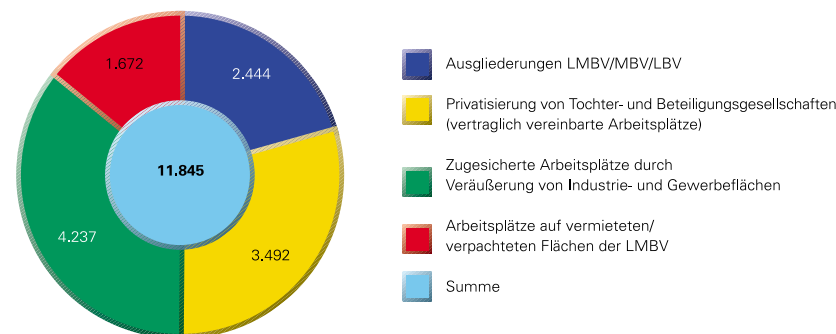
- Bei der **Privatisierung von Tochter- und Beteiligungsgesellschaften** der LMBV wurden durch die neuen Gesellschafter Zusicherungen zum Erhalt von 3.492 Arbeitsplätzen abgegeben. Schwerpunkte dabei waren die Überführung der Sanierungsbereiche der ehemaligen LBV und MBV in marktwirtschaftliche Strukturen sowie die Privatisierung von für die Kiesgewinnung und die Deponie von Reststoffen gebildete Tochtergesellschaften. Die für zwei bis vier Jahre von den neuen Gesellschaftern abgegebenen und pönalisierten Arbeitsplatzzusicherungen wurden bisher eingehalten.

- Im Prozess der **Veräußerung sanierter Flächen** bzw. beim Abschluss von Optionsverträgen zur Flächenveräußerung an Unternehmen der Industrie und des Gewerbes oder an öffentliche Entwicklungsträger stehen neben der Erreichung eines marktgerechten Preises für diese Flächen die Konzepte der Investoren für die Arbeitsplatzschaffung im Mittelpunkt der Verhandlungen. Bisher ist es beim Abschluss solcher Verträge gelungen, Zusagen für die Schaffung von 4.237 Arbeitsplätzen zu erhalten.

Das Neubaukraftwerk Lippendorf, Industrie- und Gewerbeansiedlungen in Schwarze Pumpe, Espenhain, Bitterfeld oder Brieske sowie Tourismus- und Erholungsprojekte an den entstehenden neuen Seen sind Ausdruck für den Beginn eines Wandels in den ehemaligen Braunkohleregionen.

- Auf den **vermieteten und verpachteten Flächen** der LMBV, insbesondere auf den im Prozess der Sanierung entstandenen land- und forstwirtschaftlichen Flächen des Unternehmens, haben nach den Untersuchungen der LMBV 1.672 Menschen Arbeit gefunden.

Sicherung von Arbeitsplätzen
durch die LMBV seit 1994



VI. Der Wandel wird greifbar – sanierte Liegenschaften erhalten neue Eigentümer



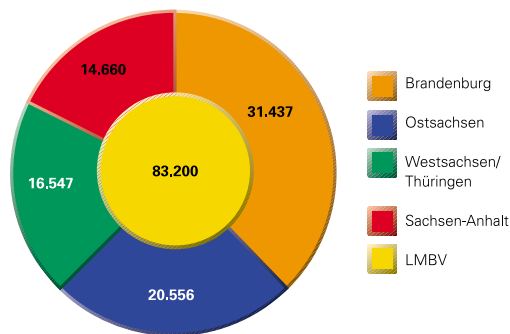
Nachnutzung der Maschinenhalle der Brikettfabrik Braunsbedra

Die LMBV übernahm von ihren Vorgängerunternehmen LAUBAG, ESPAG, Braunkohlenveredlung Lauchhammer und MIBRAG Liegenschaften in einer Größenordnung von insgesamt ca. 105.000 Hektar Fläche. Den größten Anteil daran hatten die bergbautypischen Nutzungsarten:

- Betriebsflächen der Tagebaue
- Industrialstandorte von Veredlungs- und Energieerzeugungsbetrieben sowie
- ehemaliges unsaniertes Abbauland.

Diese werden durch die LMBV als Eigentümerin nach den gesetzlichen Vorgaben des Bergrechts saniert. Nach Abschluß der Sanierungstätigkeit werden diese Flächen neue Funktionen erhalten und in ihrer Gesamtheit eine in das Landschaftsbild eingegliederte, abwechslungsreiche aber auch wirtschaftlich nutzbare sowie ökologisch wertvolle Bergbaufolgelandschaft bilden. Durch die Sanierung wird die Nutzungsstruktur der ehemaligen Bergbauflächen – zum zweiten Male nach der Überbaggerung der ursprünglichen Landschaft – „tiefgreifend verändert“.

LMBV-Grundeigentum (wirtschaftliches Eigentum) in ha, Stand 31.12.1999

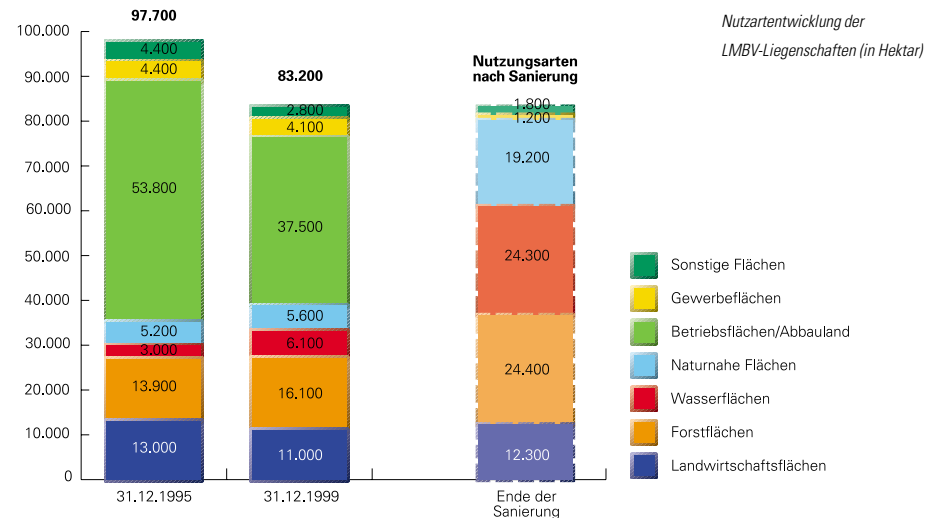


Nachnutzungsorientierte Sanierung

In einem umfassenden Planungsprozess unter breiter öffentlicher Beteiligung wurden im vergangenen Jahrzehnt die wesentlichen Ziele der Nachnutzung für die ehemaligen Flächen bestimmt. Neben den Zielstellungen von Landes-, Regional- und Kommunalplanungen flossen in diesen Planungsprozess auch Ideen und Vorstellungen von Naturschutzverbänden, Heimatvereinen, Landschaftsplanern, Investoren und Wirtschaftsförderern, Tourismusverbänden und vielen anderen ein.

Dadurch zeichnet sich die entstehende Bergbaufolgelandschaft durch eine große Nutzungsvielfalt aus. Aus Betriebsflächen und Abbauland werden hauptsächlich:

- Flächen für Land- und Forstwirtschaft
- Wasserflächen und zugeordnete Randflächen mit großer Nutzungs- und Funktionsvielfalt
- Flächen für Erholung, Freizeit und touristische Nutzungen (u.a. großflächige Tourismusprojekte)
- Flächen für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen der verschiedensten Art
- Flächen für Wohnungsbau, Infrastruktur und Verkehr
- Naturbelassene oder naturnah gestaltete Flächen



Mit der durch die nachnutzungsorientierte Sanierung geschaffenen Nutzungsstruktur ist gleichzeitig die Zielrichtung für die Vermarktung der Flächen entsprechend ihrer Verwendungsmöglichkeiten abgesteckt.

Neue Eigentümer für sanierte Flächen durch Verkauf

Gegenwärtig befindet sich noch ein Liegenschaftsbestand von 83.200 Hektar im Eigentum der LMBV.

Der Liegenschaftsbestand der LMBV nimmt ab, denn zunehmend werden sanierte Grundstücke an neue Nutzer verkauft.

Durch die zielgruppenorientierte Immobilienvermarktung der LMBV zeigen sich erste Konturen der Landschaft nach dem Bergbau. Hier vier Beispiele:

- Am Standort Roitzsch in Sachsen-Anhalt, einer ehemaligen Reparaturwerkstätte für Grubenbahnen, konnten in Zusammenarbeit mit dem Land Sachsen-Anhalt und nicht zuletzt durch den Verkauf des Grundstückes an den US-amerikanischen Automobilzulieferer „New Venture Gear“, 300 Arbeitsplätze geschaffen werden.
- Der Freistaat Sachsen und die Stiftung „Wald für Sachsen“ erwarben von der LMBV bereits über 1.000 Hektar rekultivierte Fläche in der südlichen Umgebung von Leipzig mit dem Ziel, den Waldbestand des Freistaates zu erhöhen.



Tagebausee Cospuden

- Die Stadt Markkleeberg kaufte bei der LMBV 386 Hektar sanierte Tagebaufäche, die Wasser- und Randflächen des zukünftigen Cospudener Sees. Anliegen der Stadt ist die Entwicklung eines Wohngebietes und die Errichtung von Freizeitanlagen, wie Golfplatz und Yachthafen. Teile der Seeufer bleiben dabei aber auch der Natur überlassen.
- 310 Hektar ehemalige Tagebaufäche – größtenteils Abraumkippe – nahe Klettwitz bei Lauchhammer erwarb ein geschlossener Immobilienfond zur Errichtung des größten Windenergieparks im Bundesland Brandenburg. Die Windkraftanlagen sind inzwischen in Betrieb gegangen.



Windpark Klettwitz am Tagebau Klettwitz-Nord

Angesichts des bisherigen regen Interesses an ehemaligen Bergbaufächen wird die LMBV auch weiterhin Grundstücke durch öffentliche Ausschreibungen einem möglichst großem Kreis von Bewerbern anbieten. Die Vermarktung sanierter Flächen an investitionsbereite Zielgruppen erfolgt dabei abgestimmt mit Ländern, Regionen und Kommunen im Rahmen einer planungsgesicherten Folgenutzung. Das betrifft insbesondere die für die regionale und überregionale Entwicklung entscheidenden Grundstücke, wie potentielle Bauflächen und zukünftig für Freizeit und Erholung vorgesehene Flächen.

Erschließung von Industriealtstandorten

Die Nutzung und der Verkauf von Liegenschaften, um die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen und die Ausgründung von Geschäftsfeldern zu ermöglichen, ist Unternehmensziel. Mit der Braunkohlesanierung konnte der Strukturanpassungsprozess in den ehemaligen Bergbauregionen sozial abgefedert werden. Die Entwicklung neuer wirtschaftlicher Strukturen vollzieht sich durch Fehlen von Investoren für eine Industrie- und Gewerbeansiedlung zu schleppend.

Die LMBV führt für ausgewählte Standorte Projektentwicklungsmaßnahmen für die gezielte Aufwertung zum Zweck der Schaffung von verkaufsfähigen Industrie- und Gewerbeflächen durch. Die Projektentwicklung ist dabei ein aktiver Beitrag der LMBV zur Gestaltung einer zukunftsorientierten Wirtschaftsstruktur in den ehemals monostrukturierten Braunkohleregionen. Die Projektträgerkompetenz der LMBV wird hier genutzt.

In einem mehrstufigen Abstimmungsprozess mit den zuständigen Landesbehörden, den Wirtschafts- und Umweltministerien, aber auch Innenministerien des Landes Brandenburg, des Freistaates Sachsen, des Landes Sachsen-Anhalt sowie des Freistaates Thüringen, den von diesen beauftragten Investitionskreditbanken sowie Wirtschaftsförderungseinrichtungen, den Regierungspräsidenten, den Landräten sowie den Bürgermeistern der Gemeinden und Trägern öffentlicher Belange wurden von den 113 ehemals von Braunkohleindustrie genutzten Altstandorten der LMBV zunächst zehn Liegenschaften für eine industrielle und gewerbliche Folgenutzung ausgewählt.



Es handelt sich hierbei um solche Standorte, *Industrialstandort Espenhain*

- die eine regional-, landes- und industriepolitische Bedeutung besitzen,
- die sich aufgrund ihrer bisherigen Nutzung und der vorhandenen Standortbedingungen für eine industrielle Nutzung bzw. für eine gewerblich-industrielle Mischnutzung anbieten,
- deren Erschließung einen vertretbaren Aufwand darstellt,
- deren Entwicklung eine realistische Nachnutzung bzw. eine Vermarktung erwarten lässt.



Industrialstandort *Lauchhammer-Süd „Emanuel“*



Für die Erschließung dieser Standorte wurden seitens des Landes Brandenburg, des Freistaates Sachsen, des Landes Sachsen-Anhalt sowie des Freistaates Thüringen der Einsatz von Fördermitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe (GA) zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur genehmigt bzw. in Aussicht gestellt. Nur durch die gemeinsamen Anstrengungen der LMBV, der betreffenden Kommunen und mit Unterstützung der Landesförderinstitutionen ist es möglich, die Flächen – unter den gegenwärtigen sowie mittel- und langfristig absehbaren Marktbedingungen wettbewerbsfähig zu machen und Investoren für die Flächen zu interessieren.



Einen besonders fortgeschrittenen Arbeitsstand hat die Projektentwicklung der vier Prioritätenstandorte in **Brandenburg**



- Marga (Brieske)
- Sonne (Freienhufen)
- Emanuel (Lauchhammer-Süd)
- Kittlitz.



Es geht hierbei um die Entwicklung und Erschließung von 149 Hektar Industrie- und Gewerbefläche mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von ca. 100 Mio. DM. Für diese Standorte sind GA-Anträge beim Wirtschaftsministerium durch die Gemeinden eingereicht worden. Von Seiten des Landes ist eine Zusage für eine 80prozentige Förderung erfolgt.



Die erforderliche Kofinanzierung wird von der LMBV übernommen und durch die späteren Verkäufe refinanziert. Über städtebauliche Rahmenverträge ist die LMBV von den Kommunen mit der Projektsteuerung beauftragt worden. Die GA-Mittel-Zusage ermöglicht es, dass mit planmäßigem Fortschreiten der Arbeiten baureife Grundstücke bereits im Jahr 2001 zur Neuansiedlung von Firmen bereitstehen werden.

Die verkehrsmäßige Lage dieser vier Standorte, qualifizierte ehemalige Mitarbeiter des Braunkohlenbergbaus vor Ort, das breite Angebot für industrielle und gewerbliche Nutzungen auf den jeweiligen Flächen sowie eine umfassende Betreuung ansiedlungswichtiger Investoren durch die LMBV bieten Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsunternehmen eine Vielzahl erfolgversprechender Möglichkeiten für eine wirtschaftliche Betätigung.

In Abstimmungen mit den anderen Ländern sind in

Sachsen

- Espenhain
- Schwarze Pumpe
- Tagesanlagen Berzdorf



und Sachsen-Anhalt

- Beuna
- Großkayna
- Braunsbedra im Geiseltal



für mögliche Erschließungsmaßnahmen vorgesehen.

Für diese Standorte werden seitens der Gemeinden in Zusammenarbeit mit der LMBV noch in diesem Jahr entsprechende Förderanträge erarbeitet.

Durch das Angebot lagegünstiger Industrie- und Gewerbeflächen können bedeutsame beschäftigungspolitische Effekte realisiert werden, die einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der Arbeitslosigkeit in den Braunkohlenregionen leisten.

Das betrifft insbesondere den Erhalt vorhandener und die Entstehung neuer Arbeitsplätze. Durch die Sicherung des Verbleibs von gegenwärtig auf den Liegenschaften vorhandenen Nutzern (z.B. sind auf den vier brandenburgischen Entwicklungsstandorten 25 Betriebe mit 550 Beschäftigten angesiedelt) sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Industrie- und Gewerbeansiedlung auf den ausgewählten Entwicklungsstandorten wird der Erhalt vorhandener Arbeitsplätze unterstützt.

Lausitzer und Mitteldeutsche Immobilienentwicklungsgesellschaft mbH

In der LMBV werden aus Ingenieuren und Liegenschaftsexperten Projektteams gebildet, die die Aufgaben der Projektentwicklung für ausgewählte Standorte wahrnehmen. Träger der Projektentwicklungsmaßnahmen der LMBV ist die LMEG Lausitzer und Mitteldeutsche Immobilienentwicklungsgesellschaft mbH. Die LMEG ist als 100prozentige Tochtergesellschaft der LMBV mit der Durchführung der Projektsteuerungs- und Vermarktungsaufgaben betraut.

Lausitzinitiative und LMBV

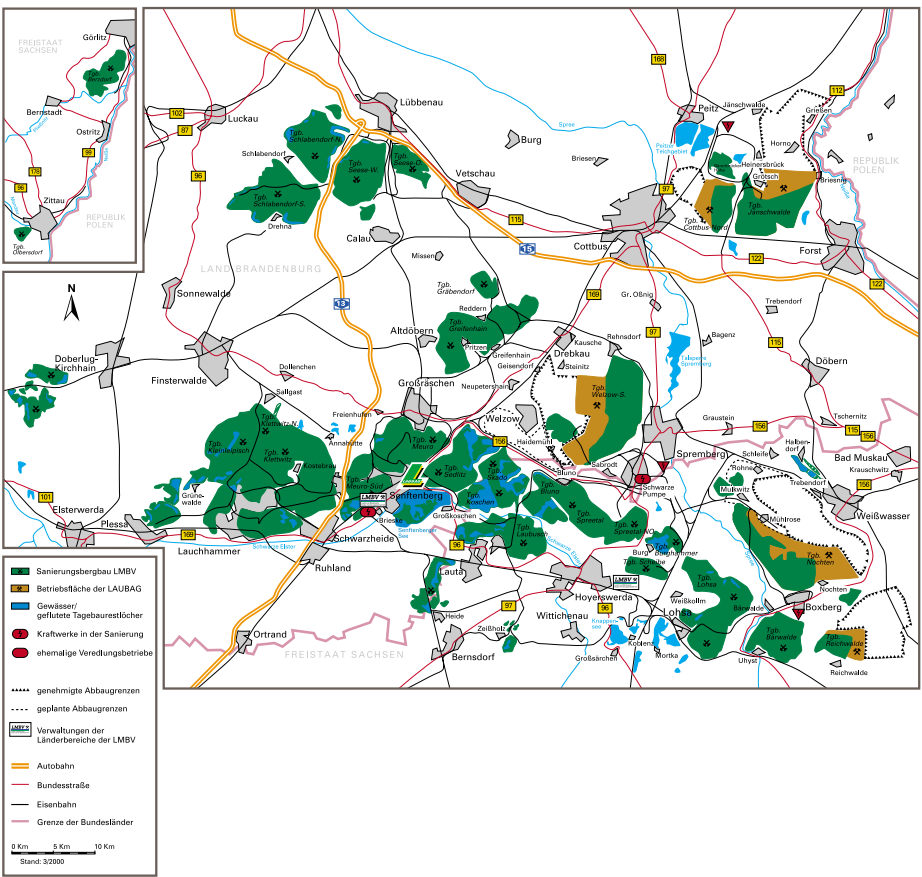
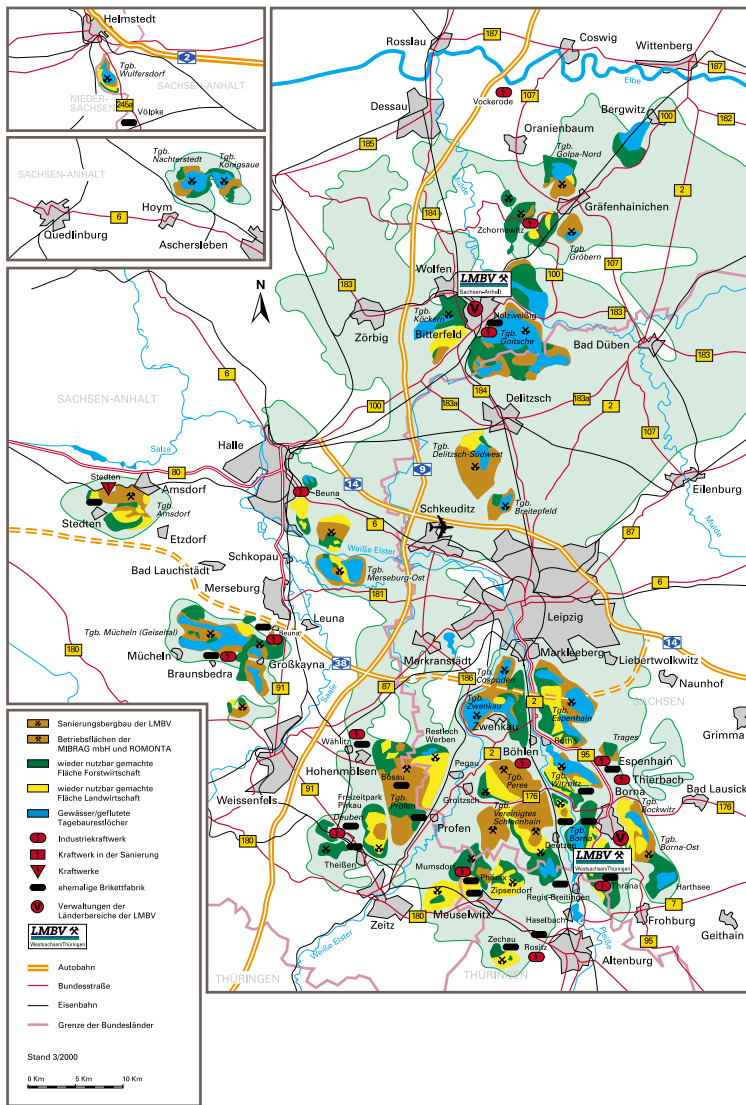
Die Wirtschaftsministerien des Landes Brandenburg und der Freistaates Sachsen haben sich am 22.06.1999 auf eine länderübergreifende Zusammenarbeit zur Nutzung der Ressourcen der ehemaligen Bergbauregionen im Interesse der Ansiedlung von Industrie und Gewerbe sowie der Förderung von Erholung und Tourismus verständigt.

Über die Erarbeitung und Umsetzung länderübergreifender strukturell wichtiger Projekte sollen für die Lausitz als Gesamt- raum positive und nachhaltige Wirtschaftsentwicklungen initiiert werden.

Für die Erarbeitung von Vorgaben, Zielen sowie des Arbeitsprogramms und die Definition und Abstimmung der entsprechenden Projekte ist eine Lenkungsgruppe verantwortlich. Entscheidungen zu Projekten und Zielen im Rahmen der Lausitzinitiative werden in einem Arbeitskreis, der alternierend von den Wirtschaftsstaatssekretären beider Länder geleitet wird, getroffen.

Die Lausitzinitiative wird entscheidend von den betroffenen Gebietskörperschaften, den Landkreisen und kreisfreien Städten gestaltet. Die weiteren regionalen Akteure, wie z.B. die regionalen Planungsstellen, die Wirtschaftsförderungseinrichtungen, die Fachhochschule Lausitz, die Industrie- und Handelskammern sowie auch die Großunternehmen LAUBAG und VEAG sind aktiv in den Prozess eingebunden. Auch die LMBV wirkt im Rahmen der Lausitzinitiative im Auftrag der Länder aktiv mit und unterstützt mit qualifizierten Mitarbeitern die Koordinierungsarbeit.







Impressum

- Herausgeber:** *Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Karl-Liebknecht-Straße 33
10100 Berlin
www.lmbv.de*
- Redaktionsschluss:** *7. April 2000*
- Fotos:** *Rene Bär, Christian Bedeschinski, Peter Radtke, Rainer Weisflog, gedas, LMBV*
- Layout und Satz:** *agreement werbeagentur*
- Druck:** *igs permedia*